

# 5

## ILS-Working Paper



### Soziale Stabilität in der Stadt- und Quartiersentwicklung – Eine Inhaltsanalyse

Michael Kolocek

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>▶ 1 Einleitung</b>	<b>3</b>
Was bedeutet soziale Stabilität?	
<b>▶ 2 Soziale Stadt und städtebauliche Entwicklungskonzepte</b>	<b>4</b>
<b>▶ 3 Methodische Vorgehensweise und Datenkorpus</b>	<b>6</b>
Methodik	6
Datenkorpus	7
<b>▶ 4 Ergebnisdiskussion</b>	<b>9</b>
Worthäufigkeiten	9
Keine oder wenig Aufmerksamkeit	10
Mittlere Aufmerksamkeit	11
Hohe und sehr hohe Aufmerksamkeit	12
<b>▶ 5 Fazit</b>	<b>16</b>
<b>▶ Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>19</b>
Gesetzesgrundlagen	21
Handlungs- und Entwicklungskonzepte	22
<b>▶ Impressum</b>	<b>25</b>

## 1. Einleitung: Was bedeutet soziale Stabilität?

Im vorliegenden Working Paper wird untersucht, welche Bedeutung zahlreiche Städte und Gemeinden NRW dem Thema soziale Stabilität in den Städtebaulichen Entwicklungskonzepten beimessen. Das Baugesetzbuch und wohnungsmarkt- und sozialpolitische Gesetze und Programme, wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder der Nationale Integrationsplan (Bundesregierung 2021), betrachten „sozial stabile Bewohnerstrukturen“ als ein wichtiges Ziel für die Stadt- und Quartiersentwicklung. Was soziale Stabilität bedeutet, hängt zunächst einmal von der Diskursebene ab. Im BauGB stellen sozial stabile Wohnstrukturen städtebauliche Belange dar:

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: [...] 2. die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere auch von Familien mit mehreren Kindern, die **Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen**, die Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung und die Anforderungen kostensparenden Bauens sowie die Bevölkerungsentwicklung [...] (§ 1 Abs. 6 Nr. 2 BauGB).

Aus Perspektive des Baurechts sind sozial stabile Bewohnerstrukturen als grundlegende und allgemeine Anliegen des Städtebaus zu betrachten. Der Wortlaut „sozial stabile Bewohnerstrukturen“ hat 2004 den ehemaligen Begriff der Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen ersetzt. Sozial stabile Bewohnerstrukturen sind nicht als ein verpflichtender städtebaulicher Grundsatz zur Schaffung durchgehender sozialer, altersmäßiger oder ethnischer Homogenität der Wohngebiete zu verstehen; vielmehr steht die Schaffung sich selbst tragender Sozialstrukturen (Battis et al. 2019: § 1 BauGB, Rn. 55) im Vordergrund. Grundsätzlich ist das Städtebaurecht allerdings hinsichtlich der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in Quartieren neutral (Ramsauer 2018: 108).

Aus einer **sprachwissenschaftlichen Perspektive ist das Wort stabil positiv** konnotiert. Der Duden schreibt dem Adjektiv mehrere ähnliche Bedeutungen zu:

- sehr fest gefügt und dadurch Beanspruchungen aushaltend
- in sich konstant bleibend, gleichbleibend, relativ unveränderlich
- so beständig, dass nicht leicht eine Störung, Gefährdung möglich ist; Veränderungen, Schwankungen kaum unterworfen
- widerstandsfähig; kräftig; nicht anfällig (duden online a)

Auch die Synonyme (z.B. robust, solide, kräftig, stark) sind positiv konnotiert. Als erklärende Beispiele für Stabilität listet der Duden finanzielle und politische Stabilität, die Stabilität der Währung sowie die Stabilität der Beziehungen zwischen Staaten auf (duden online b). Einen direkten räumlichen Bezug (z.B. stabile Städte, Quartiere, Bewohner- oder Wohnstrukturen) stellt der Duden nicht her. In der Notfallmedizin ist eine Patientin stabil, wenn sich ihr Zustand nicht weiter verschlechtert. Die stabile Seitenlage soll Verunglückten dabei helfen, nicht zu ersticken. Zur Herstellung der stabilen Seitenlage gibt es bildliche Darstellungen sowie detaillierte, eindeutige Durchführungsanweisungen (DRK 2019: 60–61). Für die Herstellung und/oder Bewahrung von sozial stabilen Quartieren existiert solch eine Durchführungsanweisung bislang nicht. Erika Spiegel (2001) sieht in dem Begriff der Stabilisierung eher „eine (umstrittene) theoretische Fiktion als [...] einen empirisch nachweisbaren Sachverhalt“ (Spiegel 2001: 75).

In der **Rechtsprechung** werden stabile Bewohnerstrukturen als Belang nicht akzeptiert, um Gemeinschaftsunterkünfte für AsylbewerberInnen zu verhindern (VGH Bayern 2012). Der bayrische Verwaltungsgerichtshof hat solch einer Auslegung des Stabilitätsbegriffs einen Riegel vorgeschoben. Das Urteil zeigt, dass die Vagheit des Begriffs auch zum Ausschluss unerwünschter BewohnerInnengruppen missbraucht werden kann. Dies betrifft auch die Belegungspolitiken institutioneller Wohnungsanbietender; etwa dann, wenn „sozial stabile Bewohnerstrukturen, ausgewogene Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse“ (§ 19 Abs. 3 AGG) als Rechtfertigung für eine exkludierende Belegungs-

politik fehlinterpretiert werden (Hanhörster et al. 2020: 100). In einer Zwischenevaluierung des Bundesländer-Programms Soziale Stadt werden fünf **Stabilitäts-Dimensionen** genannt:

- Verbesserung von Lebensbedingungen durch Aufwertung des baulich-räumlichen Umfelds
- Verbesserung von Lebenschancen durch bessere soziale Infrastruktur und Angebote
- Verbesserung der Sozialisationsbedingungen durch positive Rollenbilder und Möglichkeiten positiven sozialen Lernens
- Aufwertung des Quartiersimages zur Vermeidung von Stigmatisierung und Diskriminierung und damit einhergehender zusätzlicher Benachteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner
- Stärkung der Position des Quartiers im lokalen politisch-administrativen System durch leistungsfähigere Governance-Strukturen (BBSR 2017: 109; siehe auch Altröck 2019: 142f)

Die Auflistung macht deutlich, dass neben baulichen Maßnahmen (Verbesserung des baulich-räumlichen Umfelds, Infrastruktur) auch sozialen Aspekten (Verbesserung der Sozialisationsbedingungen, Vermeidung von Stigmatisierung und Diskriminierung) sowie weiteren nicht-baulichen Aspekten (Image, Governance-Strukturen) eine wesentliche Bedeutung beigemessen wird. Diese mehrdimensionale Betrachtungsweise ist auch eine Reaktion auf die Erfahrung, dass rein bauliche Veränderungen, beispielsweise in Form von Sanierungsmaßnahmen in sozial benachteiligten Quartieren, ihre „Stabilisierungswirkungen“ (Altröck 2019: 133) häufig verfehlt haben.

Ziel des Working Papers ist nicht, soziale Stabilität (oder Instabilität) anhand von Untersuchungskriterien nachzuweisen. Stattdessen wird untersucht, welche Bedeutung die Städte und Gemeinden dem Themenfeld in ihren Städtebaulichen Entwicklungskonzepten beimessen, mit welchen anderen Themenfeldern sie es verknüpfen und welche Rolle sie bestimmten Bevölkerungsgruppen bei der Herstellung, Bewahrung oder auch Gefährdung von sozialer Stabilität in den Quartieren zuschreiben.

## 2 Soziale Stadt und Städtebauliche Entwicklungskonzepte

Dem BauGB stehen zur Herstellung oder Bewahrung sozial stabiler Bewohnerstrukturen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Grundsätzlich wirken sich alle planerischen Maßnahmen auf die Stabilität eines Quartiers aus. Die Bauleitplanung kann allerdings nur mittelbar wirken, beispielsweise durch die Festsetzungen einzelner Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 8 BauGB). In der aktuellen Novelle des BauGB (BauGB-E – „Baulandmobilisierungsgesetz“) versucht der Bund mit der Einführung eines sektoralen Bebauungsplans für den unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) insbesondere den sozialen Wohnungsbau (wieder) stärker zu fördern (§ 9 Abs. 2d BauGB-E). Diese Regelung ist allerdings zeitlich befristet und soll nur bis zum 31. Dezember 2024 gelten (§ 9 Abs. 2d BauGB-E). Ziel der Gesetzesnovelle ist daher, die beiden großen Herausforderungen Innenentwicklung und Wohnraumangel für insbesondere untere Einkommensschichten gemeinsam zu bewältigen. Der Begriff soziale Stabilität taucht in der Novelle nicht auf.

Der Gesetzgeber assoziiert soziale Instabilität vorrangig als ein Problem von benachteiligten Quartieren, das insbesondere mit Maßnahmen der Sozialen Stadt (§ 171e BauGB) behoben werden soll.

Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur **Stabilisierung und Aufwertung** von durch soziale Missstände **benachteiligten Ortsteilen** oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht (§ 171e Abs. 2 BauGB).

Im Jahr 1999 implementiert, ist das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ eines von damals sieben Städtebauförderungsprogrammen. Ziel der Städtebauförderung ist die finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Bewältigung neuer Herausforderungen

sowie bei der Herstellung nachhaltiger Siedlungsstrukturen (BMUB 2016: 8). Seit der Implementierung wurden über 891 Programmgebiete in 513 Städten und Gemeinden (BMI 2018: 9) gefördert. Zwischenzeitlich hieß das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier.“ Ergänzt wird die Förderung häufig auch mit Fördermitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) oder dem Europäischen Sozialfonds (EFS) (zur Ressourcenbündelung siehe difu 2001: 164–169; BBSR 2017).

In der aktuellen Verwaltungsvereinbarung (VV 2021) werden Investitionen in städtebauliche Gesamtmaßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen unter dem Titel „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ geführt (Art. 7 VV 2021). Dem sozialen Zusammenhalt kommt somit eine Doppelfunktion zu: Er ist gleichzeitig Ziel und Mittel zur Erreichung des Oberziels soziale Stabilität. Auch wenn die Fördermittel von Bund und Ländern unabdingbare Voraussetzungen für alle Maßnahmen sind, handelt es sich um ein innovatives, komplexes und experimentelles Programm mit einer ganzheitlichen Perspektive, bei welchem die BewohnerInnen, verschiedene Ressorts und Verwaltungen und auch nicht öffentliche AkteurInnen neue Formen der Zusammenarbeit ausprobieren (Häußermann/Walther 2018: 2204). Mit einem integrierten Ansatz (BMI 2018: 14f) richtet sich das Programm auf benachteiligte Gebiete mit einer überdurchschnittlichen Problemdichte (Häußermann/Walther 2018: 2199), „in denen die Verlierer der Modernisierung weitgehend unter sich bleiben“ (Walther 2002: 27). Trotz der Gemeinsamkeiten ist bei genauerer Betrachtung jedes Programmgebiet hinsichtlich der örtlichen Herausforderungen und Problemursachen einzigartig und erfordert eine individuelle Ausgestaltung der Maßnahmen. Dies erschwert die Vergleichbarkeit, beispielsweise bei den Evaluationsanstrengungen (Altrock 2016; Wallraff/Zimmer-Hegmann 2016), zeigt aber gleichzeitig einen breiten Interpretationsspielraum für den Begriff der sozialen Stabilität.

Die Wortfolge „Stabilisierung und Aufwertung“ (§ 171e Abs. 2 BauGB) spiegelt die beiden wesentlichen Zielsetzungen wider und deutet eine zeitliche Abfolge

(zunächst stabilisieren, dann aufwerten) an. Die Patientin muss zunächst stabilisiert werden, erst dann können ihre Behandlung und der Genesungsprozess beginnen. Gleichwohl beschreibt das BMVBW Beispiele, „in denen eine spürbare bauliche und soziale Aufwertung des Stadtteils angestrebt wird, und solche, in denen man nur eine Stabilisierung oder einen Stopp der Abwärtsentwicklung bewirken will“ (BMVBW 2004: 79). Auch sind Beispielprojekte denkbar, die über die Aufwertung beispielsweise eines Wohnumfeldes zu einer Gesamtstabilisierung des Quartiers beitragen sollen. Das Ziel der Schaffung und Bewahrung sozial stabiler Wohnstrukturen trägt dem Umstand Rechnung, dass unabhängig von der Frage der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ausgewogene und konfliktarme Wohnverhältnisse anzustreben sind (Ernst et al. 2019: § 171e BauGB, Rn. 41). Ein Quartier ist demzufolge sozial stabil, wenn die Wohnverhältnisse ausgewogen und konfliktarm sind.

Die Maßnahmen der Sozialen Stadt wurden hinsichtlich ihres Erfolgs zur Stabilisierung und Aufwertung der durch städtebauliche und soziale Missstände benachteiligten Ortsteile hinreichend evaluiert (Walther 2002; BMVBW 2004; Altrock 2016; Altrock 2019; Wallraff/Zimmer-Hegmann 2016; BBSR 2017). Grundsätzlich besteht ein Konsens, dass es Teilerfolge gab und dennoch nach wie vor Handlungs- und Nachbesserungsbedarf besteht:

Die durch das Europarechtsanpassungsgesetz Bau vorgenommene Einfügung der Grundsätze und Verfahren zur Sozialen Stadt in das BauGB zeigt [...], dass das Programm „Soziale Stadt“ nach Auffassung des Gesetzgebers ein zukunftsweisender Schritt für die Stadtentwicklung gewesen ist. Insofern ist es konsequent, dass „die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ (§ 1 Abs. 6 Nr. 2 BauGB) nunmehr ausdrücklich zu den besonders zu berücksichtigenden Grundsätzen der Bauleitplanung gehört (Häußermann/Walther 2018: 2205).

Ausgangspunkt für die Soziale-Stadt-Maßnahmen ist ein sogenanntes Entwicklungskonzept:

Grundlage für den Beschluss nach Absatz 3 ist ein von der Gemeinde unter Beteiligung der Betroffenen (§ 137) und der öffentlichen Aufgabenträger (§ 139) aufzustellendes Entwicklungskonzept, in dem die Ziele und Maßnahmen schriftlich darzustellen sind. Das Entwicklungskonzept soll insbesondere Maßnahmen enthalten, die der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen (§ 171e Abs. 4 BauGB).

Entwicklungskonzepte haben ihren Ursprung in der Sozialen Stadt und wurden dann auf andere Programme der Städtebauförderung übertragen. Sie stellen Planungs- und Steuerungsinstrumente für lokal angepasste Lösungsansätze dar (BMUB 2016: 9). Seit 2008 ist es verpflichtend (Art. 7 VV 2008), Entwicklungskonzepte aufzustellen, um Finanzmittel aus den Städtebauförderungsprogrammen zu erhalten. Die Konzepte stellen daher den Ausgangspunkt und eine wichtige Bedingung für Soziale-Stadt-Maßnahmen dar (Häußermann/Walther 2018: 2204). Aufgrund des erheblichen Aufwands bei der Erstellung sollen die Entwicklungskonzepte aus Sicht des Städtetags nicht nur Soziale-Stadt-Maßnahmen vorbereiten, sondern als Grundlage für verschiedene Förderanträge und Programme herangezogen werden können (Städtetag 2019: 14). Sie erfüllen mehrere Funktionen, unter anderem ist ihre Erstellung, quasi als Nebeneffekt, eine sinnvolle Möglichkeit, die Aufmerksamkeit für das Quartier auch auf politischer Ebene zu erhöhen und die Kooperation zwischen den Ressorts zu verbessern: „Vor allem über die integrierten Entwicklungskonzepte konnte das Programm dazu beitragen, in Verwaltung und Politik die Aufmerksamkeit für die benachteiligten Quartiere zu stärken“ (BBSR 2017: 112). Gleichzeitig sind sie Informationsgrundlagen für die planerischen Schwerpunktsetzungen und zeigen, welche Achillesfersen die AutorInnen in den Quartieren identifiziert haben. Wichtige Voraussetzungen bei der Erstellung der Konzepte sind die Abgrenzung des Programmgebiets, die Beteiligung der BürgerInnen sowie die Einbettung in ein städtisches Gesamtkonzept (MHKBG 2021: 7–8).

### 3 Methodische Vorgehensweise und Datenkorpus

Im Mittelpunkt des Arbeitspapiers stehen Entwicklungskonzepte aus 58 der 60 einwohnergrößten Städte und Gemeinden in NRW. Die kleinste Stadt ist Unna mit etwas unter 60.000 EinwohnerInnen, die größte Stadt ist Köln mit über einer Million EinwohnerInnen. Für das vorliegende Arbeitspapier stellen die Entwicklungskonzepte aus diesen Städten und Gemeinden die empirische Grundlage dar. Die Untersuchungsfragen lauten:

- Wie viel Aufmerksamkeit widmen die Städte und Gemeinden dem Themenfeld soziale Stabilität?
- In welchem thematischen Kontext taucht soziale Stabilität vermehrt auf und welche Maßnahmen zur Herstellung oder Bewahrung von sozialer Stabilität werden genannt?
- Welche Bedeutung wird bestimmten Bevölkerungsgruppen bei der Herstellung, Bewahrung oder Gefährdung von sozialer Stabilität beigegeben?

In der Ergebnisdiskussion werden auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der sozialen Stabilität behandelt.

#### Methodik

Vorbild für die methodische Vorgehensweise ist die qualitative Inhaltsanalyse (Mayring 2007; Kuckartz 2016; Mayring/Fenzl 2019), eine Methode zur systematischen Bearbeitung von Kommunikationsmaterial (Mayring 2008: 468). Die systematische Bearbeitung ist eine wichtige Bedingung für den Erfolg solcher Analysen, auch wenn es immer wieder zu Rückkopplungen zwischen den unterschiedlichen Phasen kommt. Eine weitere Bedingung ist eine individuelle Anpassung an den Forschungsgegenstand sowie die Fragestellung. Daher gibt es nicht den einen methodischen Fahrplan, sondern unterschiedliche Zugänge unter der Überschrift der qualitativen Inhaltsanalyse. Mayring unterscheidet beispielsweise die drei Verfahrensweisen (oder auch „Techniken“, siehe Mayring/Fenzl 2019: 637–638) Zusammenfassung, Ex-

plikation und Strukturierung (Mayring 2007: 44–45). Obwohl die qualitative Inhaltsanalyse mit ihrem Namen vor allem den qualitativen Forschungscharakter betont, fließen auch quantitative Elemente ein. Beispiele hierfür sind Wortzählungen oder die absoluten oder relativen Häufigkeiten von bestimmten Codes/Kategorien. Mittlerweile haben sich unter dem Begriff Inhaltsanalyse unterschiedliche Stränge entwickelt. Kuckartz differenziert beispielsweise zwischen einer inhaltlich strukturierenden, einer evaluativen und einer typenbildenden qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz 2016). Im Zentrum der Analysen stehen die Entdeckung, Entwicklung und Ausdifferenzierung sowie die Auswertung von Codes (oder auch Kategorien). In der Regel gehen Forschende bei der Entwicklung von Codes/Kategorien sowohl deduktiv als auch induktiv vor, so auch in der vorliegenden Untersuchung. Die Digitalisierung hat zu einer starken Verbreitung computergestützter Inhaltsanalysen beigetragen (Kuckartz 2016: 163–200). Auch die Analyse dieses Working Papers wurde mit der Computersoftware MaxQDA durchgeführt.

Ziel der vorliegenden Inhaltsanalyse war es, ein möglichst breites Bild hinsichtlich der Wahrnehmung von sozialer Stabilität zu erstellen. Hierzu wurde eine möglichst hohe Anzahl an Handlungs- und Entwicklungskonzepten aus 58 der größten 60 Städte und Gemeinden NRWs recherchiert und alle Dokumente erhoben, die online verfügbar waren. Die wenigen Konzepte, die online nicht auffindig gemacht werden konnten, sind im Datenkorpus nicht enthalten. Angestrebt war, ein breites und kein vollständiges Bild der Wahrnehmung von sozialer Stabilität zu zeichnen. Für ein vollständiges Bild der Wahrnehmung von sozialer Stabilität wäre die Heranziehung weiterer Dokumententypen sowie der Konzepte der kleineren Städte und Gemeinden NRWs notwendig gewesen.

Zur Auswertung der Konzepte wurden sowohl thematische Codes gebildet, wie zum Beispiel „Wohnen“, „Einzelhandel“, „Migration“, als auch sogenannte Autocodes (z.B. der Wortstamm<sup>1</sup> \*stabil\* als Such-

auftrag für eine automatische Such- und Zählfunktion), die eine computergestützte Auswertung des Textmaterials erlauben (siehe hierzu Kolocek 2014). Auf Grundlage der Überlappungen der thematischen Codes mit den Autocodes wurden für jedes einzelne Konzept kurze Zusammenfassungen erstellt und eine Zuordnung hinsichtlich der Aufmerksamkeit für soziale Stabilität durchgeführt. Hierbei wurde unterschieden zwischen:

- Keine Aufmerksamkeit: Das Thema soziale Stabilität wird nicht behandelt, der Autocode \*stabil\* taucht kein einziges Mal auf.
- Niedrige Aufmerksamkeit: Das Thema wird randläufig behandelt, der Autocode \*stabil\* taucht in der Regel seltener als zehnmal auf.
- Mittlere Aufmerksamkeit: Das Thema wird in einigen Absätzen erwähnt, der Autocode \*stabil\* taucht mehr als zehnmal auf.
- Hohe Aufmerksamkeit: Das Thema wird in mehreren Absätzen diskutiert, es werden Verknüpfungen zu anderen Themenfeldern deutlich.
- Sehr hohe Aufmerksamkeit: Das Thema wird ausführlich in mehreren Absätzen mit verschiedenen thematischen Verknüpfungen diskutiert und taucht auch in Überschriften oder wichtigen Textstellen regelmäßig auf.

Selbstredend verlaufen die Grenzen zwischen den Aufmerksamkeitsstufen fließend, so dass im Zweifelsfall eine subjektive Einordnung des Autors erfolgte.

## Datenkorpus

Untersucht wurden insgesamt 114 Konzepte aus 58 Städten und Gemeinden NRWs. Die ältesten untersuchten Konzepte wurden 2006 publiziert. Die Dokumentenrecherche fand im Sommer 2020 statt, weshalb nur ein Konzept (Gelsenkirchen 2020) aus diesem Jahr im Datenkorpus enthalten ist. Die Konzepte sind durchschnittlich 121 Seiten lang. Die kürzesten Konzepte stammen aus Arnsberg (2015) mit neun Seiten, Münster (2018) mit 18 Seiten und Marl (2015) mit 20 Seiten. Die längsten kommen aus Bochum (2014, 363 Seiten) und Köln (2015b, 562 Seiten).

<sup>1</sup> Ein Wortstamm ist die Ausgangsbasis für die Wortbildung. Erst wurden alle Wörter automatisiert gesucht, die den Wortstamm \*stabil\* enthalten, wie beispielsweise: instabil, Stabilität, stabilisieren, Stabilisatoren. Hierzu zählt auch das Adjektiv stabil.

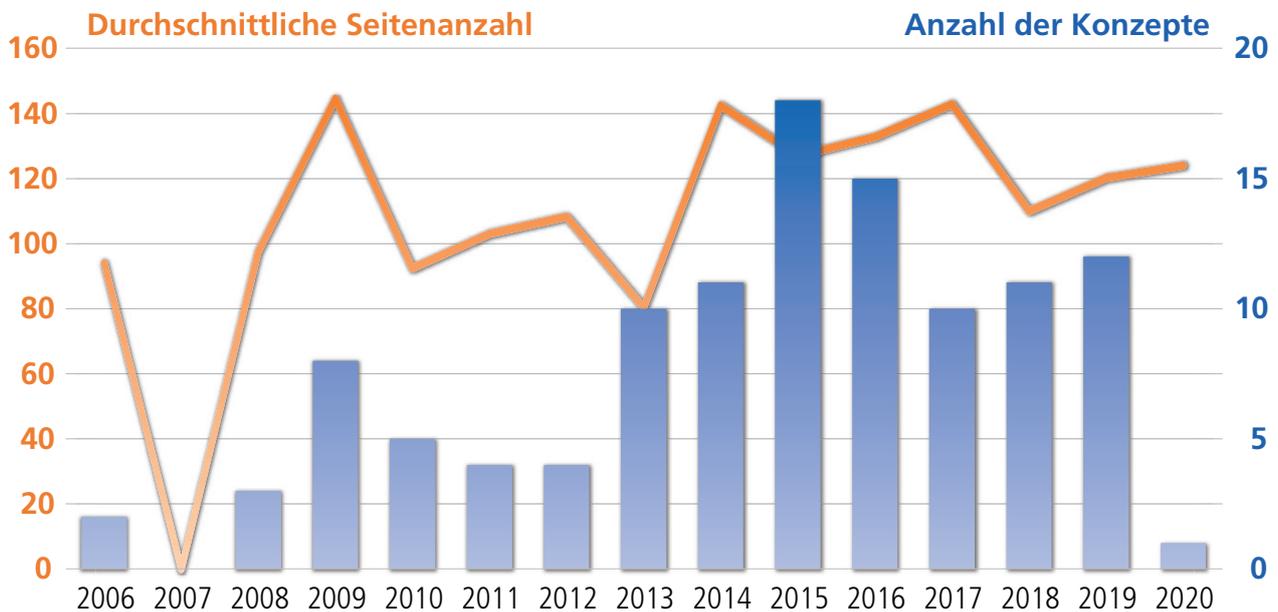


Abbildung 1: Anzahl der untersuchten Konzepte und durchschnittliche Länge im zeitlichen Verlauf

**Abbildung 1** zeigt, dass die Anzahl der Konzepte in der zweiten Hälfte des Betrachtungszeitraums (2013–2020<sup>2</sup>) deutlich höher ist als zwischen 2006 und 2012. Für die durchschnittliche Seitenanzahl der Konzepte kann kein eindeutiger zeitlicher Trend festgestellt werden. Es ist allerdings anzunehmen, dass die durchschnittliche Seitenanzahl zukünftig eher ab-, als zunehmen wird. Im aktuellen Programmaufruf zur Städtebauförderung in NRW heißt es: „Der Umfang des Konzeptes sollte auf das notwendige Maß beschränkt werden und je kompakter ausfallen, je weniger städtebauliche Missstände es zu bewältigen gilt“ (MHKBG 2021: 7).

Nach einer ersten Orientierungsphase mit teilweise widersprüchlichen Anforderungsvorstellungen (BMVBW 2004: 84) herrscht seit einigen Jahren etwas mehr Klarheit über die inhaltlichen Anforderungen und die Struktur der Entwicklungskonzepte. Die anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Bezeichnungen der Dokumente in der Fachliteratur wider. Manchmal werden diese als Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (INSEK) (z.B. in BMUB 2016)

bezeichnet, manchmal als Integrierte Handlungskonzepte (IHK) (z.B. in BMVBW 2004) oder auch als Integrierte Entwicklungskonzepte (IEK) (im vorliegenden Paper auch „Dokumente“ oder „Konzepte“).

Eine vom ehemaligen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit herausgegebene Arbeitshilfe (BMUB 2016) empfiehlt, folgende inhaltliche Bausteine zu erarbeiten: Thematische Bestandsanalyse; integriertes Stärken-Schwächen-Profil; Leitbild, Ziele, Handlungsleitlinien; Handlungsräume und Handlungsfelder; Projekte und Maßnahmen; Umsetzungsstrategie und Erfolgskontrolle; Kosten- und Finanzierungsübersicht (BMUB 2016: 22).

Der Städtetag (2019: 14) sowie die AutorInnen der Evaluationsprogramme zum Programm Soziale Stadt betonen die Bedeutung dieser Instrumente für den Erfolg der Soziale-Stadt-Maßnahmen (BMVBW 2004: 84; BBSR 2017: 112). „Das Instrument sorgt bei allen Beteiligten für Kontinuität und Transparenz im Prozess einer umfassenden Stabilisierung der Quartiere, auch über die Förderung hinaus“ (BMI 2018: 24–25). Die unterschiedlichen Bezeichnungsmöglichkeiten der Dokumente (s.o.) betreffen auch die Dokumente aus dem Datenkorpus. Am häufigsten werden die Konzepte als Integrierte Handlungskonzepte bezeichnet

<sup>2</sup> Die niedrige Anzahl der gefundenen Konzepte für das Jahr 2020 erklärt sich damit, dass in diesem Jahr die Recherche stattgefunden hat.

(64 von 114; 56%) gefolgt von 19 (17%) (integrierten) Städtebaulichen Entwicklungskonzepten. Auch andere Bezeichnungen werden verwendet, etwa Integriertes Gesamtkonzept (Neuss 2013) oder auch Rahmenplan (Aachen 2009, 2010, 2014). Vier Kommunen kombinieren die Begriffe und bezeichnen ihre Dokumente als Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte (z.B. Oberhausen 2011).

In der Regel werden die Konzepte für einzelne Stadtteile aufgestellt. Bei insgesamt 34 der 114 Konzepte (30%) handelt es sich um Konzepte für die Innenstädte, die sich aufgrund ihrer thematischen Schwerpunktsetzungen (Stärkung und Stabilisierung des Einzelhandels) – von einigen Ausnahmen abgesehen – kaum oder nur teilweise mit sozialer Stabilität auseinandersetzen. Diese Konzepte werden häufig aus Anlass zur Aufnahme in das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ verfasst (Bocholt 2019; Minden 2009). Nicht alle IEKs wurden geschrieben, um Fördermittel des Programms Soziale Stadt zu beantragen. Teilweise sind Förderungen anderer Programme, wie Stadtumbau-West in Dortmund Hörde (Dortmund 2008) oder das verwandte EU-Programm Starke Quartiere, Starke Menschen, angestrebt. Einige Städte wirken noch unentschlossen, für welche Programmtöpfe sie sich bewerben wollen, und erwähnen einfach grundsätzlich, dass sie das Konzept als Grundlage für die potentielle Beantragung von Fördermitteln betrachten (Hürth 2019: 10).

In mindestens 38 Fällen (33%) haben die Kommunen die Konzepte selbst erstellt. Die Zahl kann möglicherweise etwas höher liegen, denn bei einigen Konzepten ist nicht ersichtlich, ob die Kommune sie selbst erstellt hat (z.B. Castrop-Rauxel 2009) oder ob und wie sie unterstützt wurde. Einige Kommunen haben ihre Konzepte gemeinsam mit einem Planungsbüro erstellt (z.B. Aachen 2009; Duisburg 2017). Über die Hälfte der Konzepte (68, 60%) wurde im Auftrag der Kommunen von Planungsbüros erstellt. Am häufigsten vertreten ist das Kölner Büro Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen mit insgesamt 18 Konzepten (entspricht 26% der 68 von privaten Planungsbüros erstellten Konzepte). Auch interkommunale Kooperationen gibt es. Gelsenkirchen und Herten haben beispielsweise gemeinsame Konzepte verfasst

(Gelsenkirchen/Herten 2013, 2016). Selbst erstellte Konzepte sind im Durchschnitt etwas kürzer (102 Seiten) als diejenigen, die in der Hauptverantwortung von Planungsbüros erstellt wurden (133 Seiten). Viele Planungsbüros stammen aus Dortmund (etwa plan-lokal; planungsgruppe Stadtbüro; scheuven & wachten plus; steg), was vermutlich mit der Fakultät Raumplanung an der TU Dortmund als PlanerInnenschmiede zusammenhängt. Hier ist wiederum auffällig, dass die Konzepte der Stadt Dortmund nicht von Planungsbüros, sondern in Eigenregie der Stadt erstellt wurden (Amt für Wohnen und Stadterneuerung). Es scheint so, als wenn sich vor allem die größeren Städte (z.B. Dortmund 2013, 2017; Düsseldorf 2011a, 2011b; Köln 2015a, 2015b; Mönchengladbach 2019; Mülheim 2019) zutrauen (können), ihre Konzepte selbst zu erstellen.

## 4 Ergebnisdiskussion

### Worthäufigkeiten

Die Ergebnisdiskussion beginnt mit einigen Angaben zu Worthäufigkeiten. Die Angaben können als eine vorsichtige Annäherung hinsichtlich der Gesamtaufmerksamkeit für das Thema soziale Stabilität betrachtet werden.

Der Wortstamm \*stabil\* taucht in den 114 Konzepten insgesamt 870-mal auf. Im Durchschnitt entspricht das acht Nennungen pro Konzept. Bei einem Gesamtvolumen von 13.795 Seiten bedeutet dies, dass der Wortstamm alle 16 Seiten auftaucht. In 15 Konzepten taucht der Wortstamm kein einziges Mal auf. Das häufigste den Wortstamm enthaltende Substantiv ist Stabilisierung mit 377 Nennungen (entspricht ca. 43% aller 870 Wortstamm-Treffer), gefolgt von dem Adjektiv stabil<sup>3</sup> mit 177 Nennungen (20%). Die Zahlen deuten an, dass die Aufmerksamkeit für das Thema nicht sonderlich hoch ist bzw. zwischen den Konzepten stark variiert.

<sup>3</sup> Inklusive *stabile, stabiles, stabiler, stabileren*.

## Durchschnittliche Nennungshäufigkeit des Wortstamms \*stabil\* pro Konzept

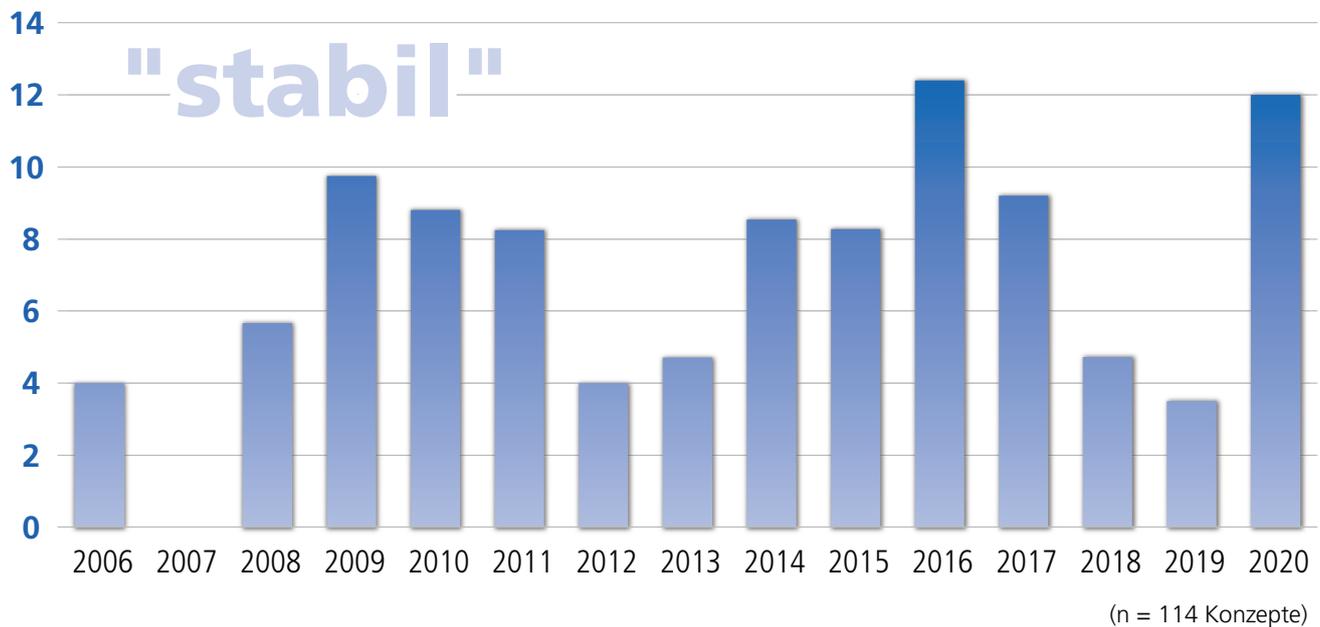


Abbildung 2: Durchschnittliche Nennungshäufigkeit des Wortstamms \*stabil\* pro Konzept

Für die durchschnittliche Nennungshäufigkeit des Wortstamms \*stabil\* pro Konzept kann im zeitlichen Verlauf kein eindeutiger Trend nachgewiesen werden (**Abbildung 2**). Am anteilig häufigsten wurde \*stabil\* in den Konzepten der Jahre 2009 und 2016 sowie im (einzigen hier untersuchten) Konzept aus dem Jahr 2020 (Gelsenkirchen 2020) genannt. In den Jahren 2017 bis 2019 nahm die Häufigkeit der Nennungen rapide ab. Grundsätzlich sind die hier präsentierten Zahlenspiele als eine erste Annäherung an das Themenfeld soziale Stabilität im Datenkorpus zu verstehen und daher mit Vorsicht zu betrachten. Die Häufigkeit der Nennung eines Wortes kann nur als ein erstes Indiz für die Aufmerksamkeit zu dem Themenfeld gesehen werden.

In einem weiteren Schritt wurden die Konzepte daher hinsichtlich ihrer Aufmerksamkeit für soziale Stabilität bewertet. Hierbei wurden zunächst auf Grundlage der Zählungen die Textstellen identifiziert, in denen der Wortstamm \*stabil\* auftaucht. Dann wurden die Textstellen und die umliegenden Absätze qualitativ ausgewertet.

### Keine oder wenig Aufmerksamkeit

In 67 Konzepten wurde die **Aufmerksamkeit** für das Thema soziale Stabilität als **niedrig** eingestuft und in 15 Konzepten wird das Thema mit keinem Wort erwähnt. Mit anderen Worten: 82 von 114 Konzepten (71%) behandeln das Thema kaum bzw. gar nicht. Unter diesen 82 Konzepten sind allerdings 31 Innenstadtkonzepte, die z.B. als Grundlage für das Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren erstellt wurden. Im Gegensatz zu Konzepten, die beispielsweise ausdrücklich für das Förderprogramm Soziale Stadt erstellt wurden, haben die Innenstadtkonzepte meist andere Schwerpunktsetzungen, beispielsweise die Erneuerung der Fußgängerzonen, die Sanierung historischer Gebäude oder die wirtschaftliche Stärkung des lokalen Einzelhandels (z.B. Minden 2009, 2015). Im Rahmen der Ergebnisverwertung stand die Option im Raum, die Innenstadtkonzepte aus dem Korpus wieder herauszunehmen; dies hätte eine anteilig höhere Aufmerksamkeit für soziale Stabilität in der Gesamtbewertung der verbliebenen Konzepte zur Folge. Gegen diese Entscheidung sprachen folgende Gründe:

- Teilweise war nicht eindeutig festzustellen, für welche Fördertöpfe ein Konzept verfasst wurde. Auch ein sogenanntes „Innenstadtkonzept“ kann auf eine Förderung mit Mitteln der Sozialen Stadt zielen (z.B. Gladbeck 2009, siehe unten). Einige Kommunen ließen sich auch offen, ob und welche Städtebauförderungsmaßnahmen auf Grundlage ihres erstellten Konzepts zukünftig angestrebt werden sollten (Hürth 2019: 10).
- Ein weiteres – und noch gewichtigeres – Argument ist die Ergebnisoffenheit der vorliegenden Untersuchung. Zu Beginn der Forschungen war die Annahme, Innenstadtkonzepte würden der sozialen Stabilität weniger Aufmerksamkeit schenken zwar wahrscheinlich, allerdings keinesfalls sicher. Denkbar wäre beispielsweise eine häufige Verwendung des Stabilitätsbegriffs im Einzelhandelskontext wie sie, allerdings nur vereinzelt, in einigen Konzepten tatsächlich auftaucht.
- Eine strikte Trennung zwischen einzelnen Themenfeldern ist in der Praxis unwahrscheinlich und nicht förderlich für die Entwicklung eines Quartiers. Der integrierte Gesamtansatz der Städtebauförderung (siehe oben) verlangt geradezu eine Einbeziehung unterschiedlicher AkteurInnen und Themenfelder. Hierfür sprechen auch aktuelle Entwicklungen in der Förderpolitik: In NRW wird die Städtebauförderung mittlerweile unter drei Programmleitlinien (Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne; Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten; Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten) mit dem Ziel einer höheren Flexibilität bei der Ausgestaltung der Programmmaßnahmen zusammengefasst (MHKBG 2021).

Auch unter den Konzepten mit wenig Aufmerksamkeit für soziale Stabilität sind thematische Schwerpunktsetzungen zu erkennen. Das Integrierte Handlungskonzept Witten-Annen (Witten 2006: 49) greift die soziale Stabilität beispielsweise insgesamt nur zweimal auf, beide Male im Themenfeld Wohnungspolitik. Zur Stabilisierung der Bewohnerstruktur wird der Einsatz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten angedacht; der Segregation soll mit Belegungs-

politiken entgegengewirkt werden (Witten 2006: 49). Das Belegungsmanagement wird ausdrücklich als eine Maßnahme zur sozialen Stabilisierung genannt (Witten 2006: 52f). Im Integrierten Handlungskonzept Wanne-Süd (Herne 2015) soll ebenfalls vor allem die Wohnsituation stabilisiert werden: „Angesichts der erheblichen Funktionsverluste, die das Quartier als Wirtschaftsstandort und Ortsteilzentrum zu verkraften hat, kommt der Stabilisierung und Weiterentwicklung der Wohnnutzung besonders hohe Bedeutung zu“ (Herne 2015: 32). Ein weiteres Ziel stellt die Stabilisierung und Weiterentwicklung der sozialen und kulturellen Angebote im Quartier dar, welches auch durch Investitionen Dritter erreicht werden soll (Herne 2015: 36).

### Mittlere Aufmerksamkeit

Insgesamt 18 Konzepten (16%) kann eine **mittlere Aufmerksamkeit** attestiert werden. Trotz der gemeinsamen Einstufung in diese Kategorie unterscheiden sich die Konzepte hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen teilweise stark. Einige Konzepte zeichnen sich dadurch aus, dass die AutorInnen verschiedene Stabilitäten erwähnen, ohne den Begriff weiter auszudifferenzieren. Im Konzept für das Gasborn und Suermond Viertel betrachtet die Stadt Aachen die soziale Stabilität als ein Handlungsfeld, das Maßnahmen der Stabilisierung und Inwertsetzung sowie Maßnahmen der Prävention miteinander kombiniert (Aachen 2010: 106). In dem Handlungsfeld soziale Stabilität sollen Wohnangebote geschaffen und umgebaut werden sowie der öffentliche Raum in Wert gesetzt werden (Aachen 2010: 106). Hierzu zählt die Stadt auch die Kriminalitätsprävention und damit verbunden eine „Entzerrung der Drogenszene [...]“. Das Gasborn und Suermond Viertel ist unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage, mit der Herausforderung, die der Umgang mit Suchtkranken bedeutet, umzugehen – es muss hier nach dem Prinzip ‚nicht wegschieben, sondern annehmen‘ verfahren werden“ (Aachen 2010: 107). Im Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept für Bochum-Wattenscheid (Bochum 2014) betonen die AutorInnen die Erforderlichkeit von sozial-integrativen Maßnahmen im Zusammenspiel mit baulichen Maßnahmen (Bochum 2014: 7). Die Stabilisierung

hat in diesem Konzept häufig Zielcharakter; es handelt sich um ein Konzept, das den Stabilitätsbegriff verhältnismäßig selten, aber wenn, dann an prominenter Stelle verwendet. Wie in Aachen finden auch in Bochum marginalisierte Bevölkerungsgruppen in Verbindung mit sozialer Stabilität Beachtung. Zu den zahlreichen Zielen des Wattenscheider Konzepts zählt, die Lebenssituation von obdachlosen Menschen zu stabilisieren (Bochum 2014: 47). Des Weiteren sollen die Wohnsituation der Bevölkerung sowie die Wattenscheider Innenstadt als Einkaufs-, Kultur-, Dienstleistungszentrum stabilisiert werden (Bochum 2014: 148). Die Stadt Gelsenkirchen berichtet ebenfalls über obdachlose Menschen, allerdings in einem anderen Kontext: „Nicht mehr benötigte Obdachlosenunterkünfte [...] wurden abgerissen und auf dem Gelände entstanden 15 neue Einfamilienhäuser. Damit erhielt das Wohnquartier eine neue Stabilität; soziale Unruhen blieben aus“ (Gelsenkirchen 2018a: 23). Warum die Obdachlosenunterkünfte nicht mehr benötigt werden, erklärt die Stadt nicht; allerdings wird Einfamilienhäusern eine höhere Stabilitätswirkung als Obdachlosenunterkünften unterstellt.

### Hohe und sehr hohe Aufmerksamkeit

In neun Konzepten widmeten die Städte und Gemeinden dem Themenfeld soziale Stabilität eine insgesamt **hohe Aufmerksamkeit**. Hierzu zählt das Integrierte Handlungskonzept Dortmund Nordstadt (Dortmund 2010) sowie dessen Fortschreibung (Dortmund 2015). Im 67 Seiten langen ersten Konzept (Dortmund 2010) taucht der Wortstamm insgesamt 25-mal und somit verhältnismäßig oft (alle 2,7 Seiten) auf. Zu den Zielsetzungen des Konzepts zählen die Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts Dortmunder Nordstadt (Dortmund 2010: 11), insbesondere die Stabilisierung lokaler Ökonomien (Dortmund 2010: 48), die Schaffung stabiler Wohnstrukturen (Dortmund 2010: 46) sowie die Stabilisierung des Weiterbildungsangebots (Dortmund 2010: 50). Auffällig ist, dass die AutorInnen vor allem über Gewerbe und Arbeit zu einer sozialen Stabilisierung der Dortmunder Nordstadt beitragen wollen. Hierzu zählen sie auch die Existenzgründung „ethnisch geprägter Unternehmen“, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stabilisierung der „ethnisch geprägten

Unternehmens-Community“ (Dortmund 2010: 53). In der Fortschreibung (Dortmund 2015) wird an zahlreichen Stellen die Armutszuwanderung aus Südosteuropa und einigen nicht-europäischen Staaten aufgegriffen. Unter den zahlreichen vorgestellten Projekten ist auch die Herrichtung eines „Heimathafens“. Hierbei handelt es sich um ein integratives Beratungs- und Bildungshaus, welches als zentrale Anlaufstelle für Neuankömmlinge fungieren soll (Dortmund 2015: 28).

In der Fortschreibung geben die AutorInnen auch einen selbstkritischen Rückblick über die bisherigen Erfolge und Misserfolge seit Erstellung des ersten Konzepts. Sie diskutieren unter anderem das Ergebnis einer Befragung unter BewohnerInnen der Nordstadt, aus der sich ergibt, dass 81% der Befragten eine Verschlechterung der Situation in der Nordstadt beanstanden. Als Hauptgründe werden von den Befragten die Neuzuwanderung und eine steigende Kriminalität genannt (Dortmund 2015: 14). Die AutorInnen schlussfolgern:

Trotz der intensiven Befassung ist die Stabilisierung der Nordstadt eine Daueraufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Die dicht besiedelte Nordstadt ist, wie die Zahlen bestätigen, ein sich stetig wandelnder Zuwanderungsstadtbezirk. Neuankömmlinge bringen ihre Kultur mit, wodurch es zwangsläufig immer wieder zu Reibungen kommt. Der soziale Zusammenhalt wird in der Nordstadt oft auf eine harte Probe gestellt und muss immer wieder neu initiiert und eingeübt werden. [...] Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner das Gefühl haben, dass sich die Nordstadt zum Schlechteren entwickelt hat, wenn sie Angsträume wahrnehmen und Kriminalität an vielen Stellen thematisiert wird, dann ist dies ein Problem, welches Wegzüge und Unsicherheiten fördert, insbesondere für diejenigen, die das Quartier zu seiner Stabilisierung dringend benötigt (Dortmund 2015: 18–19).

Die fortwährende Bevölkerungsfuktuation wird als ein Hindernis zur Stabilisierung der Nordstadt betrachtet (Dortmund 2015: 13). Die AutorInnen vermeiden klare Schuldzuweisungen. Sie deuten in dem Zitat (Dortmund 2015: 18–19) an, dass es ihrer Ansicht nach Personengruppen gibt, die für die Stabilisierung des Quartiers als dringend benötigt betrachtet wer-

den. Des Weiteren gibt es, so die AutorInnen, Neuankömmlinge, die „ihre Kultur mitbringen“, was zu „Reibungen“ führe.

In der Summe gibt es nicht viele Konzepte, die bestimmten Bevölkerungsgruppen stabilisierende oder destabilisierende Funktionen beimessen. Ein Beispiel ist das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept Innenstadt Alt-Oberhausen, in welchem der sozialen Stabilität ebenfalls eine hohe Beachtung gewidmet wird (Oberhausen 2011). Die Stadt Oberhausen betrachtet Familien mit Kindern und ältere Menschen als „[s]tabilisierende Bewohnergruppen“ (Oberhausen 2011: 28). Die AutorInnen führen weiter aus: „Familien mit einer stabilen Lebenssituation, einem kontinuierlichen Lebensrhythmus und fester Erwerbsarbeit sind für die Stabilisierung der Einwohnerstruktur wichtig“ (Oberhausen 2011: 31). Zu Beginn des Konzepts erläutern die AutorInnen, dass der Bevölkerungsrückgang durch den „Zuzug destabilisierender Bevölkerungsgruppen“ (Oberhausen 2011: 3) nicht ausgeglichen werden kann – gleichwohl ohne zu erläutern, welche Gruppe sie als „destabilisierende Bevölkerungsgruppe“ betrachten.

Eine **sehr hohe Aufmerksamkeit** für soziale Stabilität kann insgesamt fünf Konzepten attestiert werden. Das **Integrierte Handlungskonzept „Stadterneuerung Westerfilde/Bodelschwingh“** (Dortmund 2014) wurde im Jahr 2014 von einem interdisziplinären Bearbeitungsteam erstellt. Seitens der Stadt Dortmund waren an der Erstellung des Konzepts unter anderem VertreterInnen des Stadtplanungs- und Bauordnungsamts, des Amts für Wohnungswesen, des Jugendamts sowie der Wirtschaftsförderung beteiligt. Des Weiteren beteiligten sich ein Planungsbüro aus Düsseldorf (urbano Urban Research & Consultancy) sowie die Planungsgruppe Stadtbüro. Der Untersuchungsraum liegt im Nord-Westen Dortmunds und zählte zum Zeitpunkt der Erstellung ca. 13.500 EinwohnerInnen. Wie die anderen Dortmunder Fördergebiete auch, zählt das Gebiet Westerfilde/Bodelschwingh zu den Aktionsräumen des Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund (Stadt Dortmund 2018).

Das 103 Seiten umfassende Integrierte Handlungskonzept besteht zu zwei Dritteln aus einer ausführ-

lichen Beschreibung des Untersuchungsgebiets, einschließlich der lokalen AkteurInnen, Projekte und Initiativen sowie der Auswertung einer kleinen Bevölkerungsbefragung. Als wesentliche Probleme des Untersuchungsraums werden eine abnehmende Wohn- und Lebensqualität, Modernisierungstau, eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur und damit einhergehend eine hohe Fluktuation im Stadtteil genannt (Dortmund 2014: 11). Die AutorInnen versprechen sich von dem Konzept nachhaltig positive Wirkungen: „Nur ein solches langfristig angelegtes Integriertes Handlungskonzept ermöglicht die ganzheitliche Betrachtung ökonomischer, ökologischer, sozialer und städtebaulicher Aspekte des Stadtteils. Mit diesem Planungs- und Steuerungsinstrument kann dort eine positive Entwicklung initiiert und dadurch eine Stabilisierung und Aufwertung erreicht werden“ (Dortmund 2014: 11). Die hohe Aufmerksamkeit für soziale Stabilität wurde dem Konzept attestiert, weil die AutorInnen das Ziel der Stabilisierung auf verschiedenen Ebenen mit zahlreichen Einzelprojekten zu erreichen versuchen. Beispielsweise wird die Bedeutung älterer BewohnerInnen für die Stabilisierung des Gemeinwesens hervorgehoben und daraus ein Handlungsbedarf für seniorenrechtliches Wohnen und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum abgeleitet (Dortmund 2014: 24, 35). Neben langfristig angelegten Projekten sollen auch sogenannte Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Wohn- und Lebensbedingungen beitragen. Hierzu zählen die Einstellung von zwei Quartiershausmeistern, ein Bürgergarten sowie die Beauftragung eines Quartiersmanagements (Dortmund 2014: 63).

Neben der Städtebauförderung werden weitere Fördermöglichkeiten in Erwägung gezogen, beispielsweise die Wohnraumförderung, der Strukturfonds der Europäischen Union oder die Kulturförderung des Landes Nordrhein-Westfalen (Dortmund 2014: 92–96). In der Fortschreibung des Handlungskonzepts (Dortmund 2018) lässt die Aufmerksamkeit für soziale Stabilität übrigens deutlich nach. Das Dokument erwähnt erste Erfolge und stellt fest: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass erste richtige Schritte auf dem langen Weg hin zu einem stabilen und voll funktionsfähigen Quartier gegangen worden sind. Gleichzeitig ist festzustellen, dass vor Ort noch viel zu tun

ist. Dabei haben die Leitlinien und grundsätzlichen Ziele aus dem InHK von 2014 weiterhin Bestand“ (Dortmund 2018: 11).

Das mit redaktioneller Unterstützung des Planungsbüros plan-lokal Dortmund erstellte (fortgeschriebene) **Integrierte Handlungskonzept Duisburg-Hochfeld** (Duisburg 2016) widmet der sozialen Stabilität ebenfalls eine sehr hohe Beachtung. Der Stadtteil Duisburg-Hochfeld liegt im Stadtbezirk Duisburg Mitte südwestlich der Duisburger Altstadt und ist stark vom Niedergang der Schwerindustrie geprägt. In der Einleitung des 221 Seiten langen Dokuments weisen die AutorInnen auf erste Erfolge von Stadtentwicklungsmaßnahmen in den 1990er Jahren, unter anderem eine lokalökonomische Stabilisierung durch Schaffung ökonomischer Beteiligungsstrukturen und zahlreiche Projekte des Stadtteilmarketings (Duisburg 2016: 1). Diese Erfolge hielten allerdings nicht lange an und der Stadtteil wurde in den vergangenen Jahren teilweise wieder zurückgeworfen. Auch in Hochfeld dient die Bevölkerungsfuktuation – „selektive[r] Rückgang ökonomisch stabiler Bevölkerungsanteile [und] Zuzug benachteiligter Gruppen“ (Duisburg 2016: 14) – als eine Erklärung für negative Gesamtentwicklungen im Stadtteil. Die Erläuterungen ähneln der Argumentation aus der Dortmunder Nordstadt (Dortmund 2015, siehe oben): „Die beginnende Stabilisierung des Stadtteils und die Aussicht auf eine Trendumkehr nach über 30 Jahren Niedergang sind durch die neuen sozialen Umbrüche mehr als in Frage gestellt. Die Umsetzung der geplanten Verstetigungsstrategie ist durch die veränderten Rahmenbedingungen derzeit nicht möglich“ (Duisburg 2016: 8). Zu den „veränderten Rahmenbedingungen“ zählen die AutorInnen die „Armutszuwanderung von schon im Heimatland benachteiligten bulgarischen und rumänischen EU-Angehörigen“ (Duisburg 2016: 20), die die AkteurInnen vor Ort auf unterschiedlichen Ebenen (Kriminalitätsprävention, Bildung und Sprache von schulpflichtigen Kindern) vor große Herausforderungen gestellt haben. Sehr ausführlich beschreibt das Handlungskonzept insgesamt 28 Einzelprojekte zur Stabilisierung Hochfelds, die unterschiedlichen Leitthemen zugeordnet sind. Zur Herstellung der Stabilität im Untersuchungsraum hat aus Sicht der Stadt Duisburg die Förderung nach-

haltiger und hochwertiger Beschäftigung sowie die Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte oberste Priorität (Duisburg 2016: 3).

Im **Integrierten Handlungskonzept Düsseldorf Rath/Mörsenbroich** (Düsseldorf 2011a) spielt das Themenfeld Zuwanderung keine so starke Rolle. Dem Konzept wurde eine hohe Aufmerksamkeit für soziale Stabilität unterstellt, weil die AutorInnen sehr detailliert beschreiben, wie die Stabilisierung des Untersuchungsraums erfolgen soll. Das von der Stadt selbst erstellte, 90 Seiten lange Dokument wurde in enger Absprache mit beteiligten Wohnungsunternehmen zur Aufnahme in das Programm Soziale Stadt erstellt. Deutlich zu erkennen ist dies auch an einer starken Fokussierung auf das Themenfeld Wohnen. Beispielsweise soll ein von der zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle eingerichtetes Mieterbüro Wohnungsnotfälle vermeiden und so zur sozialen Stabilisierung der Wohnquartiere beitragen (Düsseldorf 2011a: 36). Die Stabilisierung der Wohnverhältnisse stellt das erste von insgesamt drei Leitziele dar. Das zweite Leitziel ist die Aufwertung des Wohnumfeldes und des Freiraums und das dritte Leitziel widmet sich der Schaffung von sozialer Stabilität durch die Stärkung des Zusammenlebens (Düsseldorf 2011a: 41–42). Die Ziele sollen mit der Schaffung neuen Wohnraums durch die Wohnungsunternehmen im Sinne einer Nachverdichtung erreicht werden (Düsseldorf 2011a: 43). Dies ist insofern ungewöhnlich, als dass andere Städte und Gemeinden die Nachverdichtung nicht als eine Maßnahme zu Stabilisierung eines Quartiers erwähnen. Ein weiteres genanntes Handlungsfeld zur Stabilisierung der Quartiere ist die Bereitstellung von Infrastruktur „mit niedrigschwelligen sozialen, sportlichen und kulturellen Angeboten und Begegnungsmöglichkeiten“ (Düsseldorf 2011a: 57). Das im selben Jahr publizierte Integrierte Handlungskonzept Düsseldorf Wersten/Holthausen (Düsseldorf 2011b) ist dem Konzept Rath/Mörsenbroich übrigens hinsichtlich des Umfangs, Aufbaus und Wordings insgesamt ähnlich und hinsichtlich der beteiligten Mitarbeitenden identisch. Die Einführungskapitel sind sogar wortgleich (Düsseldorf 2011a: 5–10; Düsseldorf 2011b: 5–10), weitere Absätze sowie der kurze Absatz zum Fazit ebenfalls:

Mit den hier nicht vollständig aufgeführten Strategien und Maßnahmen reagiert die Stadt in besonderer Weise auf die besonderen Problemlagen im Quartier. Zusammen mit dem abgestimmten Engagement der Wohnungsunternehmen und Privater und mit ergänzender Unterstützung des Landes ist mit der Umsetzung des Handlungskonzeptes ein nachhaltiger Beitrag zur Stabilisierung des Quartiers zu erwarten (Düsseldorf 2011a: 68; Düsseldorf 2011b: 68).

Insgesamt ist die Aufmerksamkeit hinsichtlich der sozialen Stabilität im Integrierten Handlungskonzept Düsseldorf Wersten/Holthausen dennoch deutlich niedriger als im Integrierten Handlungskonzept Düsseldorf Rath/Mörsenbroich.

Überraschenderweise ist mit dem **Integrierten Handlungskonzept für eine familienfreundliche Stadtmitte** (Gladbeck 2009) auch ein Konzept, das sich schwerpunktmäßig mit der Aufwertung der Innenstadt beschäftigt, unter den Konzepten mit einer sehr hohen Aufmerksamkeit für soziale Stabilität. Das Gladbecker Konzept liefert ein weiteres Argument, die 34 sogenannten „Innenstadtkonzepte“ trotz einer mehrheitlich niedrigen Beachtung für soziale Stabilität (siehe oben) im Datenkorpus zu belassen. Das fast 250 Seiten lange, vom Büro Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen erstellte Konzept dient als Grundlage zur Aufnahme in das Handlungsprogramm Soziale Stadt NRW (Gladbeck 2009) und nicht etwa für das Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, das 2008 startete (BBSR 2019) und während der Konzepterstellung noch in seinen Kinderschuhen stand. Der inhaltliche Fokus liegt sowohl auf lokalökonomischen und städtebaulichen als auch auf sozial-integrativen und wohnungspolitischen Aspekten. Die AutorInnen fragen unter anderem: „Mit welchen städtebaulichen, architektonischen, gestalterischen und strategischen Maßnahmen kann die langfristige Stabilisierung der Innenstadt erreicht werden? [...] Welche sozialintegrativen, wohnungswirtschaftlichen und freiraumrelevanten Maßnahmen sind in den problematischen Wohnquartieren (Interventionsräumen) erforderlich, um eine Stabilisierung zu erreichen und um auch andere Mieterschichten

für das Wohnen in der Innenstadt zu interessieren“ (Gladbeck 2009: 9). Eine genaue Antwort, was „andere Mieterschichten“ bedeutet, bleiben die AutorInnen des Konzepts allerdings schuldig. Dennoch, in keinem anderen Konzept nehmen sich die AutorInnen vor, so viele unterschiedliche Bereiche zu „stabilisieren“, wie in dem Konzept aus Gladbeck. Neben der allgemeinen und häufig erwähnten Stabilisierung der Innenstadt einschließlich der Wohnquartiere sollen die lokale Ökonomie (S. 14), die „benachteiligten Interventionsräume“ (S. 15), die Einzelhandelsstrukturen (S. 18), das kulturelle freizeitbezogene Angebot (S. 51), die Funktionsvielfalt (S. 66) und Angebotsstruktur der Innenstadt (S. 121), die Familiensituation der Bevölkerung (S. 225) sowie die lokalen Unternehmen (S. 235) mit zahlreichen Einzelmaßnahmen stabilisiert werden. Die Fortschreibung des Konzepts (Gladbeck 2015) ist insgesamt ein wenig kompakter (137 Seiten) und widmet der sozialen Stabilität nur noch eine mittlere Aufmerksamkeit.

Das fünfte und letzte Konzept mit einer sehr hohen Aufmerksamkeit ist das mit Abstand längste, weil 562 Seiten lange, **Integrierte Handlungskonzept Starke Veedel – Starkes Köln** (Köln 2015b). Der Umfang des Dokuments erklärt sich dadurch, dass insgesamt elf Sozialräume, die sich über die gesamte Stadt verteilen, vorgestellt werden: „Die elf hier in Rede stehenden benachteiligten Sozialräume weisen durchgängig soziale Missstände und Problemlagen auf, deren zügige Behebung durch geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung im öffentlichen Interesse liegt“ (Köln 2015b: 77). Mit dem Konzept bewirbt sich die Stadt Köln auf den gemeinsamen Aufruf der europäischen Programme von EFRE, ELER und ESF zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung (Köln 2015b: 9). Die AutorInnen betrachten die Integration in Arbeit als einen wichtigen Stabilisierungsfaktor, sowohl für den einzelnen Menschen als auch für die Stadtviertel:

Wesentlichen Einfluss auf eine positive Lebensgestaltung haben Arbeit und die damit verbundene Tagesstruktur sowie die sozial stabilisierende Auswirkung auf den Einzelnen, für die Gesellschaft von Nutzen zu sein. Neben der wirtschaftlichen Komponente hat Arbeit somit

eine wichtige soziokulturelle und sozial stabilisierende Bedeutung für die Menschen. [...] Über die Integration von langzeitarbeitslosen Menschen und die Stärkung der soziostrukturellen Potenziale ist eine wesentliche Komponente des Projekts die Steigerung der wahrgenommenen Attraktivität und die Senkung der Fluktuation und somit die Stabilisierung des Stadtviertels (Köln 2015b: 154).

Entscheidend für die soziale Stabilität eines Quartiers ist aus Sicht der Stadt weniger die Zusammensetzung der Bewohnerschaft im Sinne einer „guten sozialen Mischung“, sondern der Fluktuationsgrad. Dies wird sichtbar in anderen Konzepten, die dem Thema soziale Stabilität eine nur mittlere Aufmerksamkeit schenken, beispielsweise in einem Konzept Gelsenkirchens, in welchem die Wohndauer als wesentlicher Stabilitätsmessindikator behandelt wird:

Die stabilste Bevölkerung befindet sich in Resse und Beckhausen, die höchsten Anteile von Personen mit geringer Wohndauer finden sich in Altstadt, Schalke, Schalke-Nord und Neustadt. [...] Schließlich leben in Rotthausen knapp 32% der Bevölkerung weniger als drei Jahre hier, was die Ausbildung von stabilen Nachbarschaften erschwert (Gelsenkirchen 2018: 14, 23).

In einem aktuellen Dokument heißt es sogar:

Durch den Indikator der Wohndauer lassen sich einerseits erste Rückschlüsse auf das positive bzw. negative Empfinden der Bewohner\*innen des eigenen Wohnorts ziehen, andererseits gibt die Wohndauer Auskunft über intakte bzw. instabile Nachbarschaften (Gelsenkirchen 2020: 15).

Insgesamt zeigt die Analyse, dass ein Großteil der untersuchten Konzepte dem Thema soziale Stabilität eher wenig Aufmerksamkeit schenkt. Allerdings wird in den Konzepten mit einer mittleren, hohen oder sehr hohen Aufmerksamkeit die Bandbreite des Begriffs hinsichtlich verschiedener genannter Themenfelder (Wohnen, Arbeiten, Migration) und der teilweise ambivalent diskutierten Rolle bestimmter Bevölkerungsgruppen (Ältere, Familien, Menschen mit Migrationshintergrund) sichtbar.

## 5 Fazit

Handlungsleitend für das vorliegende Working Paper war die Ausgangsfrage „Was bedeutet soziale Stabilität?“ Der Stabilitätsbegriff taucht als Alltagswort in unterschiedlichen Diskursen auf. In der Regel ist er positiv konnotiert. Im Baugesetzbuch ist der 2004 eingeführte Wortlaut „sozial stabile Bewohnerstrukturen“ eine begrüßenswerte Weiterentwicklung des ehemaligen Begriffs der Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen. Als Planungsgrundsatz oder -ziel wirkt die Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen heute nicht mehr zeitgemäß. Sowohl homogene als auch heterogene Quartiere haben ihre eigenen quartierspezifischen Herausforderungen zu bewältigen. Die Ausdifferenzierung des Begriffs sozial stabil durch die Kommentarliteratur zum Baugesetzbuch in „ausgewogene und konfliktarme Wohnverhältnisse“ und eine „sich selbst tragende Sozialstruktur“ befriedigt zwar nicht das Bedürfnis nach einer belastbaren Definition, weicht aber der omnipräsenten und dennoch überflüssigen Frage nach der „richtigen sozialen Mischung“ geschickt aus. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass die Rechtsprechung Missbräuche des Stabilitätsbegriffs nicht duldet (VGH Bayern 2012). Die fünf Stabilitätsdimensionen, die in einer Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt durch das BBSR (2017, siehe oben) vorgestellt wurden, zeigen, dass zur Herstellung oder Bewahrung von sozialer Stabilität in einem Quartier zahlreiche „Baustellen“ bearbeitet werden müssen und verschiedene AkteureInnen gefordert sind. Eine Schritt-für-Schritt Durchführungsanweisung zur Herstellung und/oder Bewahrung von sozial stabilen Quartieren gibt es bislang nicht – und kann es aufgrund der Unterschiedlichkeit der Herausforderungen in den zahlreichen Quartieren NRW auch nicht geben.

Das diesem Working Paper zugrunde liegende Erkenntnisinteresse war, welche Bedeutung die größten Städte und Gemeinden NRW der sozialen Stabilität in ihren Handlungs- und Entwicklungskonzepten beigemessen haben. **Die erste Untersuchungsfrage** lautete: Wie viel Aufmerksamkeit widmen die Städte und Gemeinden dem Themenfeld soziale Stabilität?

In der Summe kann dem Thema soziale Stabilität in den Konzepten keine außerordentlich große Aufmerksamkeit attestiert werden. Über zwei Drittel der Konzepte (71%) schenken dem Themenfeld keine oder nur eine geringe Beachtung. Insbesondere in Konzepten zur Innenstadtentwicklung, die überwiegend auf (städtebauliche und wirtschaftliche) Aufwertungen der Zentren zielten, ist das Stabilitätsvokabular nicht sehr präsent. Ein eindeutiger zeitlicher Trend hinsichtlich einer Zunahme oder Abnahme der gesamten Aufmerksamkeit für soziale Stabilität konnte weder durch die Wortzählungen noch durch die qualitative Auswertung der Konzepte nachgewiesen werden. Trotz der insgesamt niedrigen Aufmerksamkeit wurden letztendlich 14 Konzepte identifiziert, die das Thema mit großer oder sehr großer Beachtung und einer breiten thematischen Vielfalt diskutieren. Unter den „Top 5“ mit sehr großer Aufmerksamkeit befinden sich vier (Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Köln) der fünf einwohnergrößten Städte NRWs. Die thematische Vielfalt, unter der über soziale Stabilität diskutiert wird, findet sich gleichwohl auch in den Konzepten wieder, denen eine mittlere Aufmerksamkeit attestiert wurde.

**Die zweite Untersuchungsfrage** widmete sich den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen: In welchem thematischen Kontext taucht soziale Stabilität vermehrt auf und welche Maßnahmen zur Herstellung oder Bewahrung von sozialer Stabilität werden genannt?

Die Bandbreite, mit der soziale Stabilität diskutiert wird, ist ziemlich groß. Viele Themen- und Politikfelder (Einzelhandel, Wohnsituation, Zusammenhalt) werden angerissen. Aus dieser thematischen Vielfalt stechen drei konkrete Themenfelder immer wieder hervor: Wohnen, Arbeit, Migration. Migration und Wohnungspolitik werden gemeinsam diskutiert, beispielsweise wenn durch wohnungspolitische Maßnahmen der Abwanderung entgegengewirkt oder eine Zuwanderung „stabilisierender Bevölkerungsschichten“ indiziert werden soll. Das Themenfeld Wohnen wird insgesamt sehr breit diskutiert, die genannten Maßnahmen sind vielfältig. Oftmals sollen sie sich einander ergänzen. Städtebauliche Maßnahmen (Neubau, Aufwertung, Sanierung), Maßnahmen des Mieterschutzes, Belegungsmanagement oder

auch Maßnahmen für obdachlose Menschen werden genannt. Selbst den Maßnahmen der Innenentwicklung, die hin und wieder zu Konflikten in den Nachbarschaften führen können, werden, wenn auch nur selten, sozial stabilisierende Wirkungen unterstellt. Im Themenfeld Arbeit unterstellen die AutorInnen einem festen Arbeitsplatz eine stabilisierende Funktion für das Individuum. Wenn viele Menschen aus einem Quartier einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen, dann, so die Herleitung, hat dies auch stabilisierende Folgewirkungen auf das gesamte Quartier. Das dritte große Themenfeld Migration umfasst sowohl lokale Migrationsbewegungen als auch die Folgen von internationalen Migrationswanderungen in die Untersuchungsräume, insbesondere die Armutsmigration und die Fluchtzuwanderung.

Die Antworten auf **die dritte Untersuchungsfrage** bergen daher eine gewisse, auch gesellschaftspolitische, Brisanz: Welche Bedeutung wird bestimmten Bevölkerungsgruppen bei der Herstellung, Bewahrung oder Gefährdung von sozialer Stabilität beigemessen? Der Untersuchungsfrage lag die Vermutung zugrunde, dass beispielsweise höheren Einkommenschichten und/oder kinderreichen Mittelschichten in den Konzepten stabilisierende Wirkungen unterstellt würden. Familien mit Kindern stellen sehr häufig Zielgruppen in der Wohnungspolitik dar, wie beispielsweise an dem bundesweiten Instrument des Baukindergeldes oder aber auch in den Leitbildern zahlreicher deutscher Großstädte sichtbar wird. Aus der Analyse der Konzepte geht hinsichtlich der „Stabilisierungspotenziale“ einzelner Bevölkerungsgruppen kein eindeutiges Bild hervor. Dies liegt auch daran, dass selbst in zahlreichen Konzepten mit hoher oder sehr hoher Aufmerksamkeit den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen keine stabilisierende oder destabilisierende Wirkung für die Untersuchungsräume unterstellt, sondern höchstens vorsichtig angedeutet wird. Diejenigen Kommunen, die das Thema aufgreifen, drücken sich vorsichtig aus und vermeiden (diskriminierende) Konkretisierungen, wenn sie über destabilisierende Bevölkerungsgruppen sprechen. Ab und zu werden Familien mit Kindern oder auch älteren BewohnerInnen stabilisierende Funktionen zugeschrieben, insbesondere wenn der Rückgang dieser Bevölkerungsgruppen aus den Untersuchungsräu-

men beklagt wird. Die brisante gesellschaftspolitische Frage ist, ob es Bevölkerungsgruppen gibt, denen eine destabilisierende Wirkung für das Quartier unterstellt wird. Der große Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in als deutschlandweit bekannten „Problemquartieren“ wie der Dortmunder Nordstadt oder Duisburg-Marxloh wäre ein Indiz für solch eine Argumentation. Der neue Diskurs zu Ankunftsquartieren (Hanhörster/Wessendorf 2020; Hans/Hanhörster 2020) betont die Potenziale der lokalen Infrastrukturen solcher Quartiere für Neuankömmlinge, beschäftigt sich allerdings wenig mit der Rolle und Bedeutung der Neuankömmlinge für die Stabilität der Quartiere. Menschen mit Migrationshintergrund wird in den Konzepten selten und auch nur dann eine destabilisierende Funktion unterstellt, wenn sie als Neuankömmlinge in kurzer Zeit und größerer Zahl in das Quartier kommen. Gleichwohl verschweigen die AutorInnen in den Konzepten nicht, dass die Integration von Neuankömmlingen für die Quartiere in verschiedenen Bereichen (Arbeit, Bildung) eine große, immer wiederkehrende Herausforderung darstellt. In der Gesamtschau entsteht folgendes Bild: Starke Fluktuationen können die Stabilität eines Quartiers gefährden, unabhängig von der Nationalität der Zu- oder Abwandernden.

Die Ergebnisse des vorliegenden Working Papers stellen keine abschließende Beurteilung der Qualität der Konzepte oder der Motivation der AutorInnen, die Situation in den Untersuchungsquartieren zu verbessern, dar. Schon gar nicht kann das Working Paper belastbare Annahmen über die Eignung und Wirkung der zahlreichen beschriebenen Maßnahmen machen. Auch Konzepte mit niedriger Beachtung für soziale Stabilität sind ambitioniert. Dem Entwicklungskonzept der Stadt Aachen (2014) wird in diesem Working Paper beispielsweise eine insgesamt niedrige Aufmerksamkeit hinsichtlich der sozialen Stabilität unterstellt. Dennoch handelt es sich um ein über 200 Seiten umfassendes anspruchsvolles Konzept mit zahlreichen Zielsetzungen und Maßnahmen. Die AutorInnen benutzen den Stabilitätsbegriff einfach selten. Es ist anzunehmen, dass das Konzept (Aachen 2014) in diesem Belang ein Beispiel von vielen anderen Konzepten darstellt.

Ob das Fazit nun positiv oder negativ ausfällt, hängt von der Erwartungshaltung ab. Wer die Geschichte der deutschen Städtebauförderung, insbesondere die Anfangsphasen, kennt, wird vielleicht positiv schlussfolgern, dass soziale Themen überhaupt Einzug in die Städtebauförderung und dementsprechend in die zugrunde liegenden Konzepte gefunden haben. Wer sich über die zunehmende Polarisierung in zahlreichen Quartieren NRWs sorgt, mag die insgesamt niedrige Aufmerksamkeit durchaus auch kritisch oder mit weiterer Sorge betrachten.

Abschließend sei die Frage diskutiert, wie geeignet der Stabilitätsbegriff für künftige Stadtentwicklungspolitik (auf Quartiersebene) ist. Hin und wieder stellt die Vagheit des Begriffs ein Problem dar, weil sie sowohl den Missbrauch als auch eine thematische Überfrachtung des Begriffs zulässt. Dennoch deutet die Analyse einige Potenziale an: Der Stabilitätsbegriff ist deshalb wertvoll, weil er das „Problemdenken“ ein wenig in den Hintergrund rückt, ohne sich der Gefahr der romantisierenden oder beschönigenden Verwendungen bei einer Analyse der Gesamtsituation im Quartier auszusetzen. Das Ziel der Stabilisierung bedeutet das Aufhalten oder Umkehren eines Abwärtstrends, ohne dass das Quartier als Problemquartier bezeichnet werden muss. Es ermöglicht eine nüchtern-sachliche Analyse. Wichtig in diesem Zusammenhang erscheint die Konkretisierung des Begriffs durch das Adjektiv sozial. Die soziale Stabilisierung eines Quartiers betont die Bedeutung des Quartiers und der Menschen darin.

Allerdings hat die Inhaltsanalyse des vorliegenden Arbeitspapiers ergeben, dass „der Mensch“ im Diskurs zur sozialen Stabilität unterschiedliche Rollen einnimmt: manchmal als GefährderIn von sozialer Stabilität, manchmal als passives Zielobjekt von Stabilisierungsmaßnahmen und – möglicherweise nach wie vor zu selten – manchmal als verantwortliche Person (citizen, BürgerIn), die die soziale Stabilität in ihrem Quartier aktiv mitgestalten kann und soll.

Die Renaissance vergleichender Stadt- und Raumforschung (Köhler et al. 2018: 7f) weckt Bedürfnisse nach einer weiteren Konzeptualisierung der sozialen

Stabilität, beispielsweise mit konkreten Stabilitätsindikatoren, die eine Vergleichbarkeit der Quartiere oder eine Beurteilung der sozialen Stabilität eines Quartiers im zeitlichen Verlauf erlauben. Es besteht weiterer Forschungsbedarf. Für die Handlungspraxis bedeutet dies: Die soziale Stabilität muss einen konzeptionellen Mehrwert erlangen, der nicht nur für die vergleichende Forschung von Nutzen ist, sondern sich auch im kommunalen Planungsalltag bewährt. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

**Altrock, Uwe (2016):** Evaluation komplexer Programme in der Städtebauförderung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1, S. 5–15.

**Altrock, Uwe (2019):** Erfahrungen mit der Sozialen Stadt. Auf dem Weg zu einem Leitprogramm der Städtebauförderung? In: Altrock, Uwe; Kurth, Detlef; Kunze, Roland; Schmidt, Holger; Schmitt, Gisela (Hrsg.): Programmatik der Stadterneuerung. Jahrbuch Stadterneuerung 2019. Wiesbaden, S. 131–151.

**Battis, Ulrich; Krautzberger, Michael; Löhr, Rolf-Peter (2019):** Baugesetzbuch. Kommentar. 14. Auflage.

**BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017):** Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Bonn. Online verfügbar [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/zwischenevaluierung-soziale-stadt-dl.pdf;jsessionid=E6AB6A41B1547745435BCE0936690CF6.live11292?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/zwischenevaluierung-soziale-stadt-dl.pdf;jsessionid=E6AB6A41B1547745435BCE0936690CF6.live11292?__blob=publicationFile&v=3) (Zugriff: 09.07.2021).

**BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019):** Zehn Jahre Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – gemeinsam den Wandel gestalten. Dokumentation des Fachkongresses am 20. November 2018 in Berlin. Bonn = BBSR-Online-Publikation Nr. 13/2019. Online verfügbar: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2019/bbsr-online-13-2019-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2019/bbsr-online-13-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (Zugriff: 09.07.2021).

**BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018):** Programmstrategie Soziale Stadt. Berlin. Online verfügbar [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/programmstrategie-soziale-stadt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/programmstrategie-soziale-stadt.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (Zugriff: 09.07.2021).

**BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016):** Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen. Berlin. 2. akt. Aufl. Berlin. Online verfügbar [https://www.staedtebaufoerderung.info/Shared-Docs/downloads/DE/ProgrammeVor2020/Aktive-StadtUndOrtsteilzentren/Arbeitshilfe\\_ISEK.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.staedtebaufoerderung.info/Shared-Docs/downloads/DE/ProgrammeVor2020/Aktive-StadtUndOrtsteilzentren/Arbeitshilfe_ISEK.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (Zugriff: 09.07.2021).

**BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2004):** Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Berlin. Online verfügbar <https://www.irbnet.de/daten/rswb/05039011730.pdf> (Zugriff: 09.07.2021).

**Bundesregierung (2021):** Nationaler Aktionsplan Integration. Bericht Phase IV – Zusammenwachsen: Vielfalt gestalten – Einheit sichern. Online verfügbar <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/1875182/0df29c2cd04e842a91b1b33700b467bd/2021-03-09-bkm-kulturkapitel-nap-i-data.pdf?download=1> (Zugriff: 17.06.2021).

**difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2001):** Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin.

**DRK – Deutsches Rotes Kreuz (2019):** Das Handbuch für alle Rotkreuzkurse. Einfach. Effektiv. Erste Hilfe. Berlin = DRK-Service.

**Ernst, Werner; Zinkahn, Willy; Bielenberg, Walter; Krautzberger, Michael (2019):** Baugesetzbuch. Kommentar. 136. Auflage.

**Hanhörster, Heike; Ramos Lobato, Isabel; Droste, Christiane; Diesenreiter, Carina; Becker, Anna (2020):** Faire Wohnraumversorgung und „gesunde Mischung“? Belegungspolitiken institutioneller Wohnungsanbietender auf dem Prüfstand. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, H. 2, S. 97–102.

**Hanhörster, Heike; Wessendorf, Susanne (2020):** The Role of Arrival Areas for Migrant Integration and Re-

source Access. In: Urban Planning, Vol. 5, Issue 3, pp. 1–10. doi: 10.17645/up.v5i3.2891. (online first 28.07.2020).

**Hans, Nils; Hanhörster, Heike (2020):** Accessing Resources in Arrival Neighbourhoods: How Foci-Aided Encounters Offer Resources to Newcomers. In: Urban Planning, Vol. 5, Issue 3, pp. 78–88. doi: 10.17645/up.v5i3.2977. (online first 28.07.2020).

**Häußermann, Hartmut; Walther, Uwe-Jens (2018):** Soziale Stadt. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, S. 2197–2206.

**Köhler, Tine; Krehl Angelika; Lelong, Bettina; Plöger, Jörg; Reimer, Mario; Siedentop, Stefan; Weck, Sabine; Zakrzewski, Philipp (2018):** International vergleichende Stadtforschung – Eine Handreichung für die wissenschaftliche Praxis im ILS. Dortmund. Online verfügbar [https://www.ils-forschung.de/wp-content/uploads/2019/02/handreichung\\_intern\\_vergleichende\\_stadtforschung.pdf](https://www.ils-forschung.de/wp-content/uploads/2019/02/handreichung_intern_vergleichende_stadtforschung.pdf) (Zugriff: 17.06.2021).

**Kolocek, Michael (2014):** The Human Right to Housing: Using ATLAS.ti to Combine Qualitative and Quantitative Methods to Analyse Global Discourses. In: Friese, Susanne; Ringmayr, Thomas (Eds.): ATLAS.ti User Conference 2013: Fostering Dialog on Qualitative Methods. Berlin, pp. 1–13.

**Kuckartz, Udo (2016):** Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 3. Auflage. Weinheim/Basel.

**Mayring, Philipp (2007):** Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 9. Auflage. Mannheim/Basel.

**Mayring, Philipp (2008):** Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe; Kardoff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg, S. 468–475.

**Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019):** Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 633–648.

**MHKBG – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2021):** Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen. Programmaufruf 2022. Düsseldorf. Online verfügbar [https://www.mhkbw.nrw/sites/default/files/media/document/file/Staedtebaufoerderung\\_Programmaufruf\\_2022.pdf](https://www.mhkbw.nrw/sites/default/files/media/document/file/Staedtebaufoerderung_Programmaufruf_2022.pdf) (Zugriff: 09.07.2021).

**Ramsauer, Stefanie (2018):** Steuerung sozialer und ethnischer Segregation durch städtebauliche Planungsinstrumente. Berlin = Schriften zum Öffentlichen Recht, Nr. 1378.

**Spiegel, Erika (2001):** Soziale Stabilisierung durch soziale Mischung? In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, H. 2, S. 75–80.

**Stadt Dortmund (2018):** Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund. Vor Ort. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/aktionsplansozialestadt/Broschuere\\_Aktionsplan\\_Soziale\\_Stadt.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/aktionsplansozialestadt/Broschuere_Aktionsplan_Soziale_Stadt.pdf) (Zugriff: 17.06.2021).

**Städtetag – Deutscher Städtetag (2019):** Weiterentwicklung der Städtebauförderung. Positionen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Berlin/Köln. Online verfügbar <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapier/2019/weiterentwicklung-staedtebaufoerderung-positionspapier-2019.pdf> (Zugriff: 16.06.2021).

**Wallraff, Mona; Zimmer-Hegmann, Ralf (2016):** Evaluation und Selbstevaluation der „Sozialen Stadt“. Stand und Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1, S. 29–39.

**Walther, Uwe-Jens (Hrsg.) (2002):** Soziale Stadt – Zwischenbilanzen: ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen.

## Gesetzesgrundlagen

AGG – Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2006 (BGBl. I S. 1897), zuletzt geändert am 03.04.2013 (BGBl. I S. 610).

BauGB – Baugesetzbuch i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert am 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728).

BauGB-E – Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Mobilisierung von Bauland vom 30.11.2020. Drucksache 19/24838.

VGH Bayern (2012) – Bayerischer Verwaltungsgerichtshof: Urteil vom 09.10.2012. 15 N 11.1857.

VV Städtebauförderung 2008 – Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen vom 19.12.2007 / 23.04.2008 / 31.05.2008.

VV Städtebauförderung 2021 – Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen vom 18.12.2020 / 29.03.2021.

## Handlungs- und Entwicklungskonzepte<sup>4</sup>

**Aachen (2009):** Nordlichter | Aachen-Nord – Integriertes Handlungskonzept für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Online verfügbar [https://www.brd.nrw.de/planen\\_bauen/staedtebaufoerderung.pdf/11Integrierte\\_Handlungskonzepte.pdf](https://www.brd.nrw.de/planen_bauen/staedtebaufoerderung.pdf/11Integrierte_Handlungskonzepte.pdf).

**Aachen (2010):** Rahmenplanung Gasborn und Suermondt Viertel. Online verfügbar [https://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/suermondtviertel/rp\\_suermondt\\_lang\\_web.pdf](https://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/suermondtviertel/rp_suermondt_lang_web.pdf).

**Aachen (2014):** Soziale Stadt Aachen-Nord. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts 2015-2019. Online verfügbar [https://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/aachennord/ihk/fortschreibung/Fortschreibung\\_IHK\\_2015\\_2019\\_beschlossen.pdf](https://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/aachennord/ihk/fortschreibung/Fortschreibung_IHK_2015_2019_beschlossen.pdf).

**Arnsberg (2015):** Stadt Arnsberg Bahnhofsumfeld Alt-Arnsberg. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar [https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/stadtumbau-west/bahnhofsumfeld\\_altarnsberg.php](https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/stadtumbau-west/bahnhofsumfeld_altarnsberg.php).

**Bocholt (2019):** Innenstadt Bocholt I Perspektive 2025. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar [https://www.bocholt.de/fileadmin/DAM/Fachbereich\\_30/Dokumente/ISEK/bocholt\\_rathaus\\_planen\\_IntegriertesHandlungskonzeptInnenstadt2019\\_odette\\_wiese.pdf](https://www.bocholt.de/fileadmin/DAM/Fachbereich_30/Dokumente/ISEK/bocholt_rathaus_planen_IntegriertesHandlungskonzeptInnenstadt2019_odette_wiese.pdf).

**Bochum (2014):** Gesundes Wattenscheid – familienfreundlich und generationengerecht. Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für Bochum-Wattenscheid. Online verfügbar [https://www.wat-bewegen.de/wp-content/uploads/ISEK\\_Text.pdf](https://www.wat-bewegen.de/wp-content/uploads/ISEK_Text.pdf).

**Castrop-Rauxel (2009):** Integriertes Handlungskonzept Habinghorst. Überarbeitete Fassung. Online verfügbar [http://www.stadtteilbuero-habinghorst.de/attachments/article/95/IHK\\_%C3%9Cberarbeitung\\_301009\\_Druck\\_Rat.pdf](http://www.stadtteilbuero-habinghorst.de/attachments/article/95/IHK_%C3%9Cberarbeitung_301009_Druck_Rat.pdf).

**Dortmund (2008):** Stadtumbau West. Städtebauliches Entwicklungskonzept für das Stadtbezirkszentrum in Dortmund-Hörde. Online verfügbar <https://docplayer.org/74745006-Stadtumbau-west-staedtebauliches-entwicklungskonzept-fuer-das-stadtbezirkszentrum-in-dortmund-hoerde-ueberarbeitetes-konzept.html>.

**Dortmund (2010):** Integriertes Handlungskonzept Dortmunder Nordstadt. Stabilisierung und Aufwertung städtischer Problemgebiete. Online verfügbar [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/AAEB1E8EF2C59778C1257736003CFBC8/\\$FILE/Anlagen\\_01206-10.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech2.nsf/0/AAEB1E8EF2C59778C1257736003CFBC8/$FILE/Anlagen_01206-10.pdf).

**Dortmund (2013):** Integriertes Handlungskonzept Dorstfeld. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadtumbau\\_dorstfeld/downloads\\_stadtumbau\\_dorstfeld/Integriertes\\_Handlungskonzept\\_Dorstfeld.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadtumbau_dorstfeld/downloads_stadtumbau_dorstfeld/Integriertes_Handlungskonzept_Dorstfeld.pdf).

**Dortmund (2014):** Stadterneuerung Dortmund Westerfilde/Bodelschwingh. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/sozialestadt\\_westerfilde\\_bodelschwingh/pdf\\_westerfilde/IHK\\_Westerfilde.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/sozialestadt_westerfilde_bodelschwingh/pdf_westerfilde/IHK_Westerfilde.pdf).

**Dortmund (2015):** Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept Dortmund Nordstadt ab 2015. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung\\_nordstadt/pdfs\\_stadterneuerung\\_nordstadt/Fortschreibung\\_Integriertes\\_Handlungskonzept\\_Dortmund\\_Nordstadt\\_ab\\_2015.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung_nordstadt/pdfs_stadterneuerung_nordstadt/Fortschreibung_Integriertes_Handlungskonzept_Dortmund_Nordstadt_ab_2015.pdf).

**Dortmund (2017):** Stadterneuerung Dortmund-Huckarde-Nord. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung\\_huckarde/downloads\\_stadterneuerung\\_huckarde/InHK\\_Huckarde\\_Nord.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung_huckarde/downloads_stadterneuerung_huckarde/InHK_Huckarde_Nord.pdf).

<sup>4</sup> Zugriff zu allen nachfolgend gelisteten Websites: 18.06.2021

**Dortmund (2018):** Stadterneuerung Westerfilde & Bodelschwingh. Integriertes Handlungskonzept Fortschreibung 2018. Online verfügbar [https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/sozialestadt\\_westerfilde\\_bodelschwingh/pdf\\_westerfilde/190207\\_WeBo\\_IHK\\_WEB.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/sozialestadt_westerfilde_bodelschwingh/pdf_westerfilde/190207_WeBo_IHK_WEB.pdf).

**Duisburg (2016):** Integriertes Handlungskonzept Duisburg-Hochfeld. Online verfügbar [https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen\\_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-handlungskonzept-hochfeld.php.media/83203/3004\\_IHK\\_Hochfeld\\_komplett\\_kompr.\\_-September\\_2016.pdf](https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-handlungskonzept-hochfeld.php.media/83203/3004_IHK_Hochfeld_komplett_kompr._-September_2016.pdf).

**Duisburg (2017):** Integriertes Handlungskonzept Duisburg-Marxloh. [https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen\\_bauen/integriertes-handlungskonzept-marxloh.php.media/83206/3001\\_IHK\\_DU-Marxloh\\_Managementfassung\\_2017.pdf](https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen_bauen/integriertes-handlungskonzept-marxloh.php.media/83206/3001_IHK_DU-Marxloh_Managementfassung_2017.pdf).

**Düsseldorf (2011a):** Integriertes Handlungskonzept Düsseldorf Rath/Mörsenbroich. Online verfügbar [https://www.soziale-stadt-nrw.de/stadtteile-und-projekte/duesseldorf-rath-moersenbroich/handlungskonzept-r\\_m\\_komplett.pdf](https://www.soziale-stadt-nrw.de/stadtteile-und-projekte/duesseldorf-rath-moersenbroich/handlungskonzept-r_m_komplett.pdf).

**Düsseldorf (2011b):** Integriertes Handlungskonzept Düsseldorf Wersten/Holthausen. Online verfügbar [https://www.soziale-stadt-nrw.de/stadtteile-und-projekte/duesseldorf-wersten-holthausen/handlungskonzept-w\\_h\\_komplett.pdf](https://www.soziale-stadt-nrw.de/stadtteile-und-projekte/duesseldorf-wersten-holthausen/handlungskonzept-w_h_komplett.pdf).

**Gelsenkirchen (2018a):** Soziale Stadt Neustadt. Integriertes Entwicklungskonzept. Online verfügbar [https://www.gelsenkirchen.de/de/Infrastruktur/Stadtplanung/Stadterneuerung\\_Gelsenkirchen/Neustadt/\\_doc/IEK\\_Soziale\\_Stadt\\_Neustadt.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/Infrastruktur/Stadtplanung/Stadterneuerung_Gelsenkirchen/Neustadt/_doc/IEK_Soziale_Stadt_Neustadt.pdf).

**Gelsenkirchen (2018b):** Soziale Stadt Rotthausen. Integriertes Entwicklungskonzept. Online verfügbar [https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung\\_gelsenkirchen/rotthausen/\\_doc/Anlage\\_1\\_IEK\\_Rotthausen\\_2\\_.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung_gelsenkirchen/rotthausen/_doc/Anlage_1_IEK_Rotthausen_2_.pdf).

**Gelsenkirchen (2020):** Integriertes Entwicklungskonzept Schalke-Nord 2020. Online verfügbar [https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung\\_gelsenkirchen/\\_doc/Integriertes\\_Entwicklungskonzept\\_Schalke\\_Nord\\_2020.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung_gelsenkirchen/_doc/Integriertes_Entwicklungskonzept_Schalke_Nord_2020.pdf).

**Gelsenkirchen/Herten (2013):** Interkommunales Integriertes Handlungskonzept für Gelsenkirchen-Hassel und Herten-Westerholt/Bertlich. Online verfügbar <https://ratsinfo.gelsenkirchen.de/ratsinfo/gelsenkirchen/6392/QW5sYWdIMS1Wb3JsYWdlLUh-c3NlbC1JSUhLIDlwMTMtMjAxOF9TdGFuZ-F8xMy0wMy0yNy5wZGY=/12/n/54484.doc>.

**Gelsenkirchen/Herten (2016):** Interkommunales Integriertes Handlungskonzept für Gelsenkirchen-Hassel und Herten-Westerholt/Bertlich. Fortschreibung 2016. Online verfügbar [https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung\\_gelsenkirchen/hassel.westerholt.bertlich/\\_doc/iikh\\_ge-hassel\\_2016\\_kl.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/infrastruktur/stadtplanung/stadterneuerung_gelsenkirchen/hassel.westerholt.bertlich/_doc/iikh_ge-hassel_2016_kl.pdf).

**Gladbeck (2009):** Ein Integriertes Handlungskonzept für eine familienfreundliche Stadtmitte. Online verfügbar [https://www.gladbeck.de/leben\\_wohnen/projekt\\_stadtmitte/ihk\\_gladbeck\\_stadtmitte\\_bericht\\_090928.pdf](https://www.gladbeck.de/leben_wohnen/projekt_stadtmitte/ihk_gladbeck_stadtmitte_bericht_090928.pdf).

**Gladbeck (2015):** Integriertes Handlungskonzept für eine familienfreundliche Stadtmitte. Fortschreibung 2015. Online verfügbar [https://www.gladbeck.de/Leben\\_Wohnen/Projekt\\_Stadtmitte/Fortschreibung\\_IHK\\_Bericht\\_und\\_Massnahmen\\_Endversion\\_151209.pdf](https://www.gladbeck.de/Leben_Wohnen/Projekt_Stadtmitte/Fortschreibung_IHK_Bericht_und_Massnahmen_Endversion_151209.pdf).

**Herne (2015):** Integriertes Handlungskonzept Wanne-Süd. Online verfügbar <https://www.herne.de/PDF/bauen/Projekte-in-Herne/Soziale-Stadt-Wanne-S%C3%BCd/iHK-Wanne-S%C3%BCd-final.pdf>.

**Hürth (2019):** Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Hermülheim. Online verfügbar [https://www.huerth.de/medienpool/downloads/integriertes\\_staedtebauliches\\_entwicklungskonzept\\_hermuelheim\\_abschlussbericht.pdf](https://www.huerth.de/medienpool/downloads/integriertes_staedtebauliches_entwicklungskonzept_hermuelheim_abschlussbericht.pdf).

**Köln (2015a):** Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler. Online verfügbar [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/handlungskonzept\\_lindweiler\\_07\\_2015.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/handlungskonzept_lindweiler_07_2015.pdf).

**Köln (2015b):** Starke Veedel – Starkes Köln Mitwirken, Zusammenhalten, Zukunft gestalten. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/starke-veedel/integriertes\\_handlungskonzept\\_nach\\_schlusszeichnung\\_ob.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/starke-veedel/integriertes_handlungskonzept_nach_schlusszeichnung_ob.pdf).

**Marl (2015):** Integriertes Handlungskonzept Stadtmitte Marl. Online verfügbar <https://www.marl.de/leben-wohnen/planen-bauen/isek-2025/handlungskonzept-stadtmitte/>.

**Minden (2009):** Integriertes Handlungskonzept 2009 – 2017. Aktives Stadtzentrum Minden-Innenstadt. Online verfügbar [https://www.minden.de/stadt\\_minden/de/Minden%20gestalten/Stadtplanung/Masterplan%20Innenstadt/Integriertes%20Handlungskonzept%202009-2013%20-%20Aktives%20Stadtzentrum%20Innenstadt](https://www.minden.de/stadt_minden/de/Minden%20gestalten/Stadtplanung/Masterplan%20Innenstadt/Integriertes%20Handlungskonzept%202009-2013%20-%20Aktives%20Stadtzentrum%20Innenstadt).

**Minden (2015):** Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept 2009 – 2017. Aktives Stadtzentrum Minden Innenstadt. Online verfügbar [https://www.minden.de/stadt\\_minden/de/Minden%20gestalten/Stadtplanung/Masterplan%20Innenstadt/Fortschreibung%20ISEK%20Minden%20Innenstadt%202016-2020](https://www.minden.de/stadt_minden/de/Minden%20gestalten/Stadtplanung/Masterplan%20Innenstadt/Fortschreibung%20ISEK%20Minden%20Innenstadt%202016-2020).

**Mönchengladbach (2019):** Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK) für den Stadtteil Rheindahlen-Mitte. Online verfügbar [https://www.moenchengladbach.de/fileadmin/user\\_upload/FB61/61.30/veroeffentlichungen/20191031\\_IHEK\\_Rheindahlen\\_final\\_mail.pdf](https://www.moenchengladbach.de/fileadmin/user_upload/FB61/61.30/veroeffentlichungen/20191031_IHEK_Rheindahlen_final_mail.pdf).

**Mülheim (2019):** Integriertes Handlungskonzept Eppinghofen 2022. Online verfügbar [https://www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei\\_download.php?uid=ce6a7f9722cc3ea9c73735a0899e4a7d](https://www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei_download.php?uid=ce6a7f9722cc3ea9c73735a0899e4a7d).

**Münster (2018):** Stadthafen 1. Integriertes Handlungskonzept. Online verfügbar <https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/getfile.php?id=429179&type=do>.

**Neuss (2013):** Innenstadt Neuss. Integriertes Gesamtkonzept. Online verfügbar <https://www.neuss.de/leben/stadtplanung/innenstadt-entwicklung/integriertes-gesamtkonzept>.

**Oberhausen (2011):** Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept. Soziale Stadt Innenstadt Alt-Oberhausen. Online verfügbar [https://www.oberhausen.de/de/index/stadtentwicklung-umwelt/stadtentwicklung/innenstadt/oberhausencity-material/sozstadt\\_innenstadt\\_inthek\\_web.pdf](https://www.oberhausen.de/de/index/stadtentwicklung-umwelt/stadtentwicklung/innenstadt/oberhausencity-material/sozstadt_innenstadt_inthek_web.pdf).

**Witten (2006):** Vorbereitung der Stadterneuerung in Witten-Annen. Integriertes Handlungskonzept. Online: [https://www.witten.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/dez4/Integriertes\\_Handlungskonzept\\_Annen.pdf](https://www.witten.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/dez4/Integriertes_Handlungskonzept_Annen.pdf).

## Impressum

<b>Herausgeber</b>	ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH Brüderweg 22 – 24 44135 Dortmund  Telefon +49 (0)231 90 51–0 Telefax +49 (0)231 90 51–155  www.ils-forschung.de/www.ils-research.de poststelle@ils-forschung.de  Dortmund, Deutschland, September 2021 © ILS 2021, alle Rechte vorbehalten.  ISSN 2701-0112
<b>Autor</b>	Michael Kolocek (ILS)
<b>Layout</b>	Silke Pfeifer
<b>Titelfoto</b>	AdobeStock_210036916
<b>Kartografie</b>	Jutta Rönsch

Folgen Sie uns auf Facebook  
 @ilsforschung

Folgen Sie uns auf Twitter  
 @ils\_forschung

Follow us on Twitter  
 @ils\_research

---

Dieses Working Paper wurde im Kontext der vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) finanzierten Grundlagenstudie „Quartiere im Wandel“ erstellt. Die Grundlagenstudie untersucht Potenziale zur Stärkung von Zusammenhalt und integrierter Zusammenarbeit in Quartieren.

**Dieses Working Paper kann wie folgt zitiert werden:**  
**Kolocek, Michael (2021):** Soziale Stabilität in der Stadt- und Quartiersentwicklung – Eine Inhaltsanalyse. ILS-Working Paper 5. Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung.

**Über den Autor:**  
**Dr. Michael Kolocek** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Sozialraum Stadt im Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS).

# **Soziale Stabilität in der Stadt- und Quartiersentwicklung**

**Eine Inhaltsanalyse**